

**Protokoll der 9. Sitzung
des Komitees für parlamentarische Zusammenarbeit
„Republik Kasachstan – Europäische Union“
(Astana, 25-26. Mai 2010)**

Auf der Eröffnung der Sitzung unterstrich der Kopräsident der kasachischen Seite, W. Bobrow, in seiner Eröffnungsansprache, dass eine der Hauptaufgaben des Komitees in der nächsten Zukunft die Ausarbeitung einer neuen Basisvereinbarung über die Zusammenarbeit und die Analyse der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft sein muss, darunter auch zu Fragen des Energiedialogs. Andere Schlüsselfragen der Tagesordnung waren die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kampfes gegen neue Gefahren und die Perspektiven der Beziehungen zwischen Kasachstan und der EU nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags.

Der Kopräsident des Europäischen Parlaments, Herr P. Bartolozzi, unterstrich die Wichtigkeit der Arbeit des Komitees bei der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Kasachstan.

Die Seiten bestätigten das Protokoll der 8. Sitzung des Komitees für parlamentarische Zusammenarbeit ohne Änderungen (Brüssel, 31. März – 1. April 2010).

Dann sprach von kasachischer Seite der Senatsabgeordnete G. Kasymow zum Thema **„Verwirklichung des staatlichen Programms „Weg nach Europa“ für die Jahre 2009 – 2011 und Strategie der EU in Zentralasien für die Jahre 2007-2013, Vorsitz Kasachstans in der OSZE“**.

In seinem Bericht sprach der Abgeordnete davon, dass Kasachstan seine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit nicht nur mit den in der Nähe gelegenen Staaten stärken muss, sondern auch mit den europäischen Ländern. Daraus ergab sich auch die Idee zum Programm „Weg nach Europa“. Das Ziel des Programms ist eine strategische Partnerschaft mit den führenden europäischen Ländern. Bei den Bereichen der Zusammenarbeit, denen Priorität gehört, nimmt die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technik und der Energiewirtschaft einen besonderen Platz ein.

Im Programm „Weg nach Europa“ sind Voraussetzungen festgelegt, die zu einer erfolgreichen Förderung der kasachischen Initiativen als Vorsitzender der OSZE beitragen. Kasachstan hat die Aufgabe, dies nicht nur zu unterstützen, was durch die Erfahrungen der OSZE in allen Tätigkeitsbereichen bereits getan wurde, sondern auch der Organisation einen neuen Anreiz zu geben.

Zu dieser Frage äußerte sich von europäischer Seite E. Jeggler. Die Abgeordnete des Europäischen Parlaments bemerkte, dass das Komitee in den letzten 10 Jahren

große Erfolge erzielt hat. Auf der letzten Sitzung wurde beschlossen, eine Serie von Gesprächen über den Abschluss einer neuen Vereinbarung zwischen der EU und Kasachstan zu führen. Den zweiten Teil ihrer Rede widmete E. Jeggler folgenden Fragen: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz und Bildung.

Zum Punkt „**Entwicklung des Energiedialogs**“ sprach von kasachischer Seite der Abgeordnete des Unterhauses A. Tleuberdin. Der Abgeordnete erläuterte kurz den Energiesektor Kasachstans und unterstrich, dass Kasachstan aktiv an den Verhandlungen im Rahmen der Energiecharta teilnimmt und zur Zusammenarbeit mit der EU bei der Ausarbeitung von Straßenkarten bereit ist, um die Energiesicherheit und die industrielle Zusammenarbeit zu vergrößern.

A. Tleuberdin erinnerte an das vom 1. bis 2. Juli 2010 in Astana durchgeführte Wirtschaftsforum, bei dem es geplant wurde, gemeinsam mit dem Weltwirtschaftsforum den Energie-Wirtschaftsgipfel durchzuführen.

Von europäischer Seite sprach zu dieser Frage Frau T. Madurell. Die Abgeordnete des Europäischen Parlaments sagte, dass die Zuverlässigkeit der Bereitstellung von Energieträgern eine Schlüsselbedeutung für die EU besitzt und dass sich Kasachstan in dieser Hinsicht als zuverlässiger Partner bewährt hat.

Ebenfalls zu diesem Thema sprach die Parlamentsabgeordnete von Dänemark Frau B. Tomsen und erläuterte die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in ihrem Land. Sie interessierte sich dafür, welche Pläne Kasachstan in Bezug auf die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie und anderer Energiearten hat, sowie für die Perspektive der Energieeinsparung.

In seiner Antwort meinte der Abgeordnete A. Tleuberdin, dass 2009 im Parlament von Kasachstan ein spezielles Gesetz zur Unterstützung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen verabschiedet wurde. Das Parlament hat auch den Gesetzentwurf „Über die Energieeinsparung“ geprüft.

B. Tomsen stellte noch eine Frage zum rechtlichen Status des Kaspischen Meeres. A. Tleuberdin beantwortete diese und betonte, dass dieses Problem zwischen allen fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres diskutiert wird.

Die europäische Seite sprach auch die Frage des Einflusses der Finanzkrise auf die Entwicklung der Energiewirtschaft in Kasachstan und die möglichen Folgen für den Energiedialog mit der EU an.

In diesem Zusammenhang bemerkte A. Tleuberdin, dass es auf dem Energiesektor Probleme gibt, die hauptsächlich mit veralteten und verschlissenen Ausrüstungen zusammenhängen und bei denen es notwendig ist, große Investitionen in Grundmittel vorzunehmen.

B. Tomsen schnitt auch das Thema der operativen Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung an. Sie verwies auf die Erfahrungen Norwegens und meinte, dass die

Diversifizierung der Wirtschaft einen Anreiz zur Gründung kleiner und mittlerer Betrieben voraussetzt. Sie interessierte sich dafür, ob Kasachstan beabsichtigt, in kleine und mittlere Unternehmen zu investieren.

Diese Frage beantwortend berichtete die Unterhausabgeordnete G. Karagusowa von den grundlegenden Richtungen des Antikrisenprogramms, das Maßnahmen zur Entwicklung und Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen durch Mittel aus dem Nationalen Fonds beinhaltet.

W. Bobrow ergänzte die Vorrednerin und führte als Beispiel an, dass mehr als 2 Mrd. US-Dollar allein zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bereitgestellt wurden. Im Jahre 2009 wurde ein neues Steuergesetzbuch verabschiedet, mit Hilfe dessen die steuerliche Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen um weitere 2 Milliarden Dollar gesenkt wurde. Auf diese Weise konnten die Unternehmen die schwere Krisenzeit überstehen.

Der Senatsabgeordnete I. Imankulow fügte hinzu, dass der Nationalfonds Kasachstans, der in Analogie zum Fonds Norwegens gebildet wurde, die Wirtschaft aus der Krise „gerettet“ hat. In Kasachstan ist die Verabschiedung von Sonderprogrammen zur Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen geplant, wodurch bis 2020 40 % des Bruttoinlandprodukts durch kleinere und mittlere Betriebe erwirtschaftet werden soll.

Zum Thema „**Umweltschutz (einschl. Steuerung der Wasserressourcen) und Gesundheitsschutz**“ sprach von kasachischer Seite der Unterhausabgeordnete M. Itegulow und sagte, dass die perspektivreichsten Richtungen für die Zusammenarbeit mit der EU solche Bereiche seien, wie die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, die Einführung von Technologien mit geringer Energieintensität und geringst möglichen ökologischen Ausgaben, ökologische Bildungsprogramme, Gesundheit der Bevölkerung und die demografische Situation.

In Kasachstan wird ein Umweltprogramm für 2010-2014 ausgearbeitet, in dem ein großes Kapitel den Fragen zur Einführung erneuerbarer Energien und der Energieeinsparung gewidmet ist. Ebenfalls wird die Frage zur Gründung eines Zentrums zur Generierung innovativer Projekte zu erneuerbaren Energiequellen erörtert.

M. Itegulow riss auch kurz die Mechanismen des Protokolls von Kyoto und die Beteiligung Kasachstans an diesem Protokoll sowie die Bemühungen der UNO zur Wiederherstellung des Aralsees an.

Außerdem erwähnte er, dass die Zusammenarbeit mit der EU auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes Projekte zur Unterstützung des Gesundheitsschutzes für Mutter und Kind, zur Entwicklung der Partnerschaft mit nicht staatlichen Behörden, zur

Bereitstellung technischer und konsultativer Unterstützung für eine Gesamtsumme von 4,5 Mio. Euro beinhaltet.

E. Jeggler stellte einige Fragen zu dieser Thematik, und zwar: Was wurde in den letzten Jahren hinsichtlich der Wasserressourcen getan? Werden irgendwelche Maßnahmen zur Verbesserung der Landwirtschaft getroffen? Wie beeinflusst das Roguner Wasserkraftwerk und das gesamte Ökosystem in Usbekistan die Situation rund um den Aralsee?

G. Kasymow beantwortete die Fragen und betonte, dass die Wasserressourcen eines der akutesten Probleme der Region seien. Es sei wichtig, gleichartige Möglichkeiten zur Speicherung und Verteilung der Wasserressourcen zwischen den Ländern Zentralasiens zu schaffen. Das Thema Aralsee nimmt in dieser Hinsicht einen besonderen Platz ein. Er sagte, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern Zentralasiens auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Steuerung der Wasserressourcen eine perspektivische und strategische Richtung sei.

In Fortsetzung der Diskussion bemerkte E. Jeggler, dass es hinsichtlich der Entwicklung der Technologie zur Nutzung der Sonnenenergie in Kasachstan ein gewisses Potential gibt. Außerdem wies die Abgeordnete des Europaparlaments auf die Möglichkeit hin, Erfahrungen europäischer nichtstaatlicher Organisationen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung zu nutzen.

E. Jeggler stellte auch die Frage zur Situation auf dem Semipalatinsker Testgelände und die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der ökologischen Situation.

G. Kasymow, der die Fragen von E. Jeggler beantwortete, stimmte zu, dass es notwendig sei, in Kasachstan Elektroenergie aus Sonnenenergie zu gewinnen. Gleichzeitig muss man kleine Atomkraftwerke bis zu 1 Mio. Kilowatt bauen. Dabei muss die Aufgabe gelöst werden, die Ausgaben bei der Herstellung alternativer Energien zu senken.

Was die Situation auf dem Semipalatinsker Testgelände betrifft, teilte G. Kasymow mit, dass die Stadt Kurtschatow, die früher das Verwaltungszentrum des Testgeländes war, in ein wissenschaftliches und technologisches Zentrum umgewandelt wurde. Andererseits gibt es massive Probleme zur Gewährleistung der Gesundheit der Menschen, zu Entseuchung und Rekultivierung des Bodens. Mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft wurden in der Region medizinische Zentren eröffnet und die Technologien der medizinischen Hilfe wurden vervollkommenet.

W. Bobrow konstatierte seinerseits, dass das Testgelände heutzutage praktisch keine Gefahr für die Umwelt darstellt. 80 % des Bodens werden wieder entsiegelt. Die Probleme des Testgeländes werden allmählich gelöst.

In diesem Zusammenhang schlug E. Jeggle im Laufe der nächsten Sitzung des Komitees für parlamentarische Zusammenarbeit in Kasachstan einen Besuch der Delegation des Europäischen Parlaments in die Region Semipalatinsk vor.

A. Rubiks interessierte sich für die Situation in den Neulandgebieten, die laufenden Ernten und den Kampf gegen die Bodenerosion.

In Beantwortung der Frage verweilte G. Kasymow kurz bei der Geschichte der Erschließung von Neuland und sagte, dass gegenwärtig, trotz Verringerung der Gesamtfläche an landwirtschaftlich genutzten Böden der Ernteertrag durch die Nutzung moderner Technologien und moderner Technik ansteigt. Damit wird Kasachstan zu einem weltweiten Lieferanten für Getreide und das Rentabilitätsniveau auf dem Agrarsektor ist vergleichbar mit dem auf dem Energiesektor.

B. Tomsen stellte eine Frage zu dem ernstzunehmenden Unterschied in der Lebensdauer von Frauen und Männern in Kasachstan und interessierte sich für die Ursachen für eine solche Disbalance.

Diese Frage beantwortete Frau G. Karagusowa und erläuterte die Charakteristik des Systems zum Schutz von Mutter und Kind in Kasachstan. Sie sagte, dass die Lebensdauer von Männern im Land ansteigt, was in großem Maße der Propaganda für eine gesunde Lebensweise, Sport, Verzicht auf Rauchen und Alkohol zuzuschreiben ist.

Die Unterhausabgeordnete D. Nuketajewa ergänzte Frau G. Karagusowa, indem sie darüber informierte, dass es im Land positive Erfahrungen bei der Tätigkeit der Familienberatungszentren gibt.

Frau K. Newedalowa führte die Diskussion zum Thema Gesundheitsschutz fort und stellte Fragen zum Zugang der Bürger zum System des Gesundheitsschutzes, zur Wasserversorgung sowie zur Zusammenarbeit mit bestimmten Ländern bei der gemeinsamen Nutzung der Wasserressourcen.

In diesem Zusammenhang unterstrich G. Karagusowa, dass gemäß der Verfassung die unentgeltliche medizinische Versorgung aller Bürger von der Regierung garantiert wird.

Zur Wasserversorgung wurde gesagt, dass es im Lande sowohl hinsichtlich der Energieressourcen, als auch der Wasserressourcen eine gewisse Abhängigkeit von den Nachbarstaaten gibt. In Kasachstan wird im Auftrag des Präsidenten ein Programm zur Bereitstellung sauberen Trinkwassers für jeden Einwohner realisiert. Es ist zu erwarten, dass bis 2020 die Aufgabe einer gleichmäßigen Wasserbereitstellung für alle Bürger gelöst ist.

Frau D. Nuketajewa fügte hinzu, dass in Kasachstan ein „Krankenhaus der Zukunft“ geschaffen wurde, zu dem sieben medizinische Kliniken, eine medizinische

Lehreinrichtung und ein Zentrum für Erste Hilfe gehören. Es wird ein nationales Programm „100 Schulen, 100 Krankenhäuser“ realisiert.

Dann sprach G. Karagusowa zum Punkt **„Gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels, der Wirtschaft und der Investitionen (darunter für das Programm der Außenhilfe der EU für Kasachstan, Folgen der Gründung der Zollunion Kasachstans, Russlands und Belorusslands, Eintritt Kasachstans in die WHO, Investitionsprojekte der EU in der Republik Kasachstan)“**.

Die Abgeordnete konstatierte, dass die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen Kasachstans mit europäischen Ländern ungeachtet der Krise auf eine neue Stufe gehoben wurden. Der Handelsumfang mit den EU-Ländern beträgt ein Drittel des Gesamtumfangs des Handels. Die Investitionen der Länder der Europäischen Union belaufen sich ebenfalls auf ca. ein Drittel aller direkten Investitionen.

Kasachstan ist ein stabiler und wichtiger Energiepartner der EU: nach Europa wurden Energieressourcen von insgesamt 23 Mia US-Dollar exportiert.

Am 1. Januar 2010 begann die Zollunion mit ihrer Tätigkeit. Eine grundlegende normativ-rechtliche Basis der Zollunion wurde vereinbart, das einheitliche Zollgesetzbuch wird in allen drei Ländern dieser Zollunion ratifiziert. Für Kasachstan ist das ein sehr nutzbringendes Integrationsprojekt: es eröffnet den Zugang auf den gemeinsamen Markt mit einem Umfang von 177 Mio. Menschen und einem Gesamt-Bruttoinlandsprodukt von 1,6 Trillionen US-Dollar.

Dabei bedeutet die Schaffung der Zollunion nicht, dass sich die Bedeutung des Eintrittsprozesses Kasachstans in die WHO verringert. Im Jahre 2008 wurden Verhandlungen zwischen der EU und Kasachstan über den Zugang zum Warenmarkt geführt. Gleichzeitig werden Verhandlungen zum Zugang von Dienstleistungen auf den kasachischen Markt und zur Frage der Exportvergütung der Landwirtschaft geführt.

G. Karagusowa sprach in diesem Zusammenhang die Bitte an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus, die Position der kasachischen Seite zur Subventionierung landwirtschaftlicher Betriebe zu unterstützen und dazu beizutragen, dass Kasachstan der Status eines Landes mit Marktwirtschaft verliehen wird.

H. Dorfman charakterisierte in Kürze die Zusammenarbeit Kasachstans mit der EU im Kontext des Anschlusses an die WHO und interessierte sich dafür, wie das Europaparlament bei der Vorbereitung einer neuen „Vereinbarung über Zusammenarbeit und Partnerschaft“ Unterstützung geben könnte. Der Abgeordnete des Europaparlaments stellte auch Fragen zu Maßnahmen der Regierung im Kampf gegen Korruption und zum Einfluss der Tätigkeit der Zollunion auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der EU.

W. Bobrow erklärte, dass man die inhaltlichen Aspekte einer neuen Vereinbarung später diskutieren könne, wenn der entsprechende Tagesordnungspunkt behandelt wird.

G. Karagusowa beantwortete die Frage und betonte, dass die Gründung der Zollunion nicht von der Aufgabe des Eintritts in die WHO befreit, sondern im Gegenteil, man beabsichtige, den Verhandlungsprozess, u.a. auch mit der EU, zu beschleunigen und abzuschließen.

W. Bobrow fügte hinzu, dass die Hauptaufgabe des Landes die Diversifizierung der Wirtschaft sei. Ein Markt von 16 Millionen erlaubt es nicht, hocheffektiven Maschinenbau und eine verarbeitende Industrie aufzubauen. Deshalb gewährleistet nur die Gründung der Zollunion und die Schaffung effektiver Betriebe den Zugang zu anderen Märkten. Für diese Entscheidung gibt es keinen politischen Beweggrund, sondern nur eine wirtschaftliche Komponente.

E. Jeggle hob hervor, dass sie die Probleme der Entwicklung der Landwirtschaft in Kasachstan kennt und versprach, diese Fragen auf europäischer Ebene eingehend zu erörtern.

N. Jousten (Leiter der Delegation der EU-Kommission in Kasachstan) informierte die Teilnehmer über den Fortgang der laufenden Gespräche zwischen der Europäischen Kommission und Kasachstan zum Eintritt in die WHO und zu Verleihung des Status eines Landes mit Marktwirtschaft. Von europäischer Seite gab es Fragen zur Übereinstimmung der Ziele der Zollunion mit den Prinzipien der WHO. Nach Meinung der EU wird eine neue Handelsschranke errichtet. Es ist ebenfalls wichtig zu bestimmen, wie die Teilnehmer der Zollunion in die WHO eintreten werden, gemeinsam oder parallel.

N. Jousten informierte auch darüber, dass sich die Verhandlungen zur Verleihung des Status eines Landes mit Marktwirtschaft in der Abschlussetappe befinden.

G. Karagusowa betonte in ihrem Kommentar, dass sich die Zollunion erst in ihrem Anfangsstadium befindet und die Forderungen der WHO im Laufe des Verhandlungsprozesses berücksichtigt werden.

G. Kasymow fügte hinzu, dass die Initiative eines gemeinsamen Beitritts zur WHO von Russland ausging, das im Nachhinein aber die Entscheidung getroffen hat, allein in diese Organisation einzutreten. Kasachstan befand sich in einer anfechtbaren Situation und war gezwungen, zur Ausgangssituation zurückzukehren und das Versäumte nachzuholen.

Ende des ersten Tages.

Zweiter Tag, 26. Mai 2010

W. Bobrow eröffnete die Sitzung und teilte mit, dass der Vorsitzende der Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten, der Unterhausabgeordnete S. Tursunow und der Sondervertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für die Situation in Kasachstan, der Senatsabgeordnete A. Achmetow zur Sitzung hinzugekommen sind.

Danach sprach W. Bobrow zum Thema **der neuen Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der EU.**

Er dankte den europäischen Partnern für das bezeugte Verständnis bei der Diskussion der Perspektiven der neuen Vereinbarung und drückte seine Meinung darüber aus, dass die Vereinbarung keine Rahmenvereinbarung sein muss und das Niveau der Beziehungen Kasachstans und der EU berücksichtigen muss. Kasachstan ist das einzige Land in der Region, das eine Vereinbarung über die strategische Zusammenarbeit mit einer Reihe von europäischen Staaten, insbesondere mit Frankreich, Spanien und Italien abgeschlossen hat. Gegenwärtig werden analoge Gespräche mit Deutschland zum Abschluss einer Vereinbarung geführt.

Besondere Bedeutung für die EU haben Lieferungen von Energieträgern: dabei beträgt der Anteil der Lieferungen von Erdöl aus Kasachstan nach Rumänien 20 %, nach Österreich – 25 %. Als außerordentlich wichtig wird das Kapitel der Vereinbarung über die Ausweitung des Dialogs auf dem Gebiet der Energiewirtschaft zum Zwecke der Stärkung der energiewirtschaftlichen Absicherung betrachtet, insbesondere auf dem Gebiet der Realisierung von Erdöl- und Erdgasprojekten, bei der Erhöhung der Energieeffektivität und der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie auf dem Gebiet der Atomenergiewirtschaft.

Die neue Vereinbarung soll einen starken humanitären Teil enthalten, zu dem Festlegungen über die Entwicklung einer konstruktiven Partnerschaft bei der Sicherung des Friedens, der Demokratie, der Sicherheit und Stabilität im euroasiatischen Raum gehören. Kasachstan bemüht sich um die größtmögliche Stärkung und Ausweitung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit, der ordnungsgemäßen staatlichen Steuerung und Einhaltung der Menschenrechte.

Kasachstan ist am Zusammenwirken mit der Europäischen Union auf dem Gebiet der Zivilverteidigung und der Katastrophenwarnung interessiert.

Es sind Grundlagen zur Stärkung der Verbindungen auf dem Gebiet des Handels, Transports, der Bildung, der Wissenschaft und Forschung, des Umweltschutzes, der Kultur und der Sozialpolitik vorhanden. Kasachstan ist auch an der Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der industriellen und innovativen Entwicklung interessiert.

W. Bobrow unterstrich die Notwendigkeit einer baldigen Abstimmung einer Direktive, die die Europäische Kommission bevollmächtigen würde, Verhandlungen mit Kasachstan zum Projekt der neuen Vereinbarung zu beginnen.

G. Karagusowa fügte hinzu, dass es wichtig sei, dass die neue Vereinbarung Fragen der aktiven Mitwirkung an den Gesprächen zum Eintritt in die WHO, einschließlich Landwirtschaft und Dienstleistungsmarkt und die Anerkennung Kasachstans als Land mit Marktwirtschaft widerspiegelt.

Frau I. Vaidere stimmte zu, dass es erforderlich ist, das Mandat der EU-Kommission für die Ausarbeitung der neuen Vereinbarung zu beschleunigen und unterstützte den Vorschlag der kasachischen Seite zum Inhalt des Dokuments.

Herr P. Bartolozzi teilte mit, dass das Europäische Parlament in naher Zukunft eine neue Strategie der EU hinsichtlich Zentralasiens erörtern muss und die Parlamentarier des Europäischen Parlaments werden diese Möglichkeit zur Diskussion der heute gestellten Fragen nutzen. Nach seiner Meinung müssen die wichtigsten Elemente der neuen Vereinbarung Fragen der Zusammenarbeit auf energiewirtschaftlichem Gebiet, auf dem Gebiet der Wasserversorgung in Zentralasien und Fragen der Stabilität und Sicherheit der Region sein. Es ist auch erforderlich, im Dokument einen solchen Aspekt wie die Sicherung der Selbstversorgung mit Lebensmitteln darzustellen.

Außerdem lenkte der Abgeordnete des Europaparlaments die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf die Pläne der Europäischen Union, in naher Zukunft ca. 1 Milliarde Euro in die asiatische Region zu investieren. Im Zusammenhang damit hat Kasachstan die Möglichkeit, konkrete Vorschläge zur Investierung von Projekten auf seinem Territorium einzubringen.

A. Cortez (Botschafter Spaniens in Kasachstan) betonte, dass die neue Vereinbarung ambitionierter sein sollte als die vorangegangene, weil die Zusammenarbeit in den letzten zehn Jahren sich beträchtlich vertieft hat und neue Aspekte aufgetreten sind, die den Charakter einer strategischen Partnerschaft widerspiegeln müssen. Der spanische EU-Vorsitz unterstützt den Abschluss der neuen Vereinbarung und erwartet einen baldigen Beginn von Verhandlungen zum Entwurf des Dokuments.

E. Utembajew (Botschafter Kasachstans in Belgien) unterstrich, dass in der neuen Vereinbarung neue Formen der zwischenparlamentarischen Zusammenarbeit

festgelegt werden können. E. Utembajew informierte ebenfalls darüber, dass während des Treffens mit dem Präsidenten N.A. Nasarbajew am 10. Mai 2010 der Präsident der Europäischen Union, H. Van Rompuy die Idee einer Vereinbarung über eine erweiterte Partnerschaft und den Anschluss Kasachstans an die WHO in der nahen Zukunft unterstützte.

Zum Zwecke der Beschleunigung der Ausarbeitung eines Gesprächsmandats der EU schlug Herr E. Utembajew Frau I. Vaidere vor, sich an die Leitung des Europäischen Parlaments und andere Institutionen der Europäischen Kommission zu wenden. Es sei wichtig, dass die Seiten bis zum Ende des spanischen EU-Vorsitzes eine Sachdiskussion über den Inhalt der neuen Vereinbarung beginnen könnten. Ein weiteres Gebiet der Zusammenarbeit mit dem Europaparlament ist der Prozess der Auswahl von Finanzierungsprojekten durch die Europäische Bank im Rahmen des Investitionspakets für die Länder Zentralasiens.

Dann wurde dem Unterhausabgeordneten S. Ibragimow zum Thema **der Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und der EU das Wort erteilt**.

S. Ibragimow konstatierte den bedeutenden Fortschritt im Dialog mit der EU und rief die Parlamentarier des Europäischen Parlaments auf, neben Fragen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit den Besonderheiten der kulturellen und religiösen Weltanschauung der Kasachen und ihrer Auffassung über demokratische Werte Beachtung zu schenken sowie die wachsende Rolle des Landes in der internationalen Arena in Betracht zu ziehen.

Bezug nehmend auf die Reden Kasachstans bei der WHO, meinte der Abgeordnete, dass Kasachstan die Unterstützung des Europaparlaments in dieser Frage benötigt. S. Ibragimow unterstrich die Notwendigkeit, Probleme des Kampfes gegen Terrorismus sorgfältiger zu prüfen.

Frau B. Tomsen stellte dem Redner Fragen zur Investierung der innovativen Tätigkeit und zur Entwicklung des Tourismus.

S. Ibragimow antwortete, dass aus dem Nationalen Fonds den Banken der zweiten Ebene Geldmittel zur Subventionierung kleiner und mittlerer Unternehmen bereitgestellt wurden.

Der Abgeordnete sagte ebenfalls, dass in Kasachstan ein umfassendes Programm zur Entwicklung des Tourismus angenommen wurde und schlug vor, Fragen zum Tourismus und zur Kultur in die neue Vereinbarung über Zusammenarbeit aufzunehmen.

G. Karagusowa fügte ihrerseits hinzu, dass das Ziel des vor kurzem angenommenen Industrie- und Innovationsprogramms die Gesundung und Diversifizierung der Wirtschaft Kasachstans nach der Krise sei.

W. Bobrow erinnerte auch daran, dass im ersten Quartal 2010 in Kasachstan ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts festgelegt wurde und es somit ersichtlich ist, dass die Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft zu greifen beginnen.

E. Utembajew informierte darüber, dass die Fragen der beiderseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus und der Kultur von der Kulturkonvention des Europarates geregelt werden, der Kasachstan vor kurzem beigetreten ist. Dementsprechend kann diese Konvention eines der grundlegenden Dokumente bei der Ausarbeitung von Festlegungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildung, der Kultur und des Sports werden.

I. Vaidere bat darum, im Zusammenhang mit der Gründung der Zollunion das Tarifbildungsprinzip zu erläutern, da diese Frage für Länder von Interesse ist, die Waren nach Kasachstan importieren.

G. Karagusowa erinnerte daran, dass die Frage der Tarife bereits im Verlauf der gestrigen Sitzung gestellt wurde und erläuterte die Tarife für Autos und andere Waren: es arbeitet eine gemeinsame Kommission für Tarife der Zollunion und in naher Zukunft wird die Abstimmung abgeschlossen sein. Außerdem wird das Thema der Zollunion im Rahmen des Verhandlungsprozesses auch mit den Mitgliedern der WHO behandelt. Das heißt, letztendlich wird ein Konsens gefunden sein.

I. Vaidere bemerkte daraufhin, dass die Gründung der Zollunion die Warenbeziehungen zwischen Kasachstan und der EU erschweren könnten und gab der Hoffnung auf die Entwicklung eines ausgeglichenen und offenen Handels Ausdruck.

G. Karagusowa informierte ihrerseits, dass entsprechend dem Zollgesetzbuch jedes der drei Länder im Rahmen der zweiseitigen Zusammenarbeit Korrekturen in die Handelsbeziehungen einbringen kann.

P. Bartolozzi erklärte, dass die Mitglieder seiner Delegation den Eintritt Kasachstans in die WHO voll und ganz unterstützen. Es bestünden jedoch bestimmte Prozeduren, die einzuhalten seien, einschließlich der Forderung, dass die Normen des Zollgesetzbuches mit den Prinzipien der WHO übereinstimmen müssen.

W. Bobrow sagte, dass die Abgeordneten des Parlaments eine klare Vorstellung darüber haben, dass die Einführung von Schutzzöllen zu einem Anstieg der Kosten für die Wähler führt. Andererseits sind zeitweilige Schutzmaßnahmen zur Entwicklung bestimmter Industriezweige erforderlich. Die kasachische Seite wird sich sehr aufmerksam und umfassend mit der Tarifffrage befassen.

Dann erteilte der Versammlungsleiter dem Senatsabgeordneten Ju. Kubaitschuk das Wort zu einer Rede über das Thema der **Vereinfachung des Visaregimes zwischen Kasachstan und den EU-Ländern**.

In seiner Rede gab der Abgeordnete einen kurzen Überblick über das Visaregime Kasachstans und informierte, dass Vereinbarungen über Reisen ohne Visum für

Besitzer von Diplomatenpässen mit 44 Staaten, für Besitzer von Dienstpässen – mit 31 Ländern und für Bürger mit nationalen Pässen – mit 14 Ländern unterzeichnet wurden.

Bürger der Europäischen Union nutzen die vereinfachte Prozedur zur Einholung von kasachischen Visa. Außerdem brauchen sie sich, wenn sie über internationale Flughäfen einreisen, nach der Ankunft im Land nicht bei den Organen der Einwanderungspolizei zu melden.

Gleichzeitig wurde die Praxis der Ausstellung von Schengen-Visa für Bürger Kasachstans sehr erschwert. So dauert die Ausstellung von Visa in die Länder Europas für Besitzer von Diplomaten-, Dienst- und nationalen Pässen zwischen 15 und 30 Tage.

Die europäischen Länder könnten auf der Grundlage von Notizen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Mehrfachvisa an hochrangige Regierungsangestellte der OSZE, NATO, WHO und EU für 2-3 Jahre ausstellen. Die Vereinfachung von gemeinsamen Reisen führt seitens der Kasachen nicht zur illegalen Einwanderung in das EU-Gebiet. Astana ist auch bereit zur Intensivierung des Dialogs mit der EU zu Randfragen, wie z.B. zum Kampf gegen illegale Einwanderung und organisiertes Verbrechen, Flüchtlinge und Verstärkung des Schutzes von Passdaten.

In Kasachstan hat man ab 2009 begonnen, elektronische nationale Pässe auszustellen, 2010 ist die Ausstellung von Diplomaten- und Dienstpässen einer neuen Generation mit elektronischen Datenträgern geplant. Die genannten Maßnahmen haben das Ziel, bei anderen Staaten Zweifel hinsichtlich des Einwanderungsrisikos durch Besitzer von Diplomaten- und Dienstpässen auszuschließen sowie baldmöglichst eine zweiseitige Vereinbarung zu unterzeichnen, die Besitzer von Diplomaten- und Dienstpässen von Visaforderungen befreit.

Bestimmte Hoffnungen werden auch mit dem neuen Visagesetzbuch der EU verbunden. Entsprechend den neuen Vorschriften sind eine maximale Transparenz und einige Lockerungen bei der Visaeinholung vorgesehen.

Am Ende seiner Ausführungen sprach Ju. Kubaitschuk die Bitte an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus, die Initiative Kasachstans beim Abschluss einer Vereinbarung zur Erleichterung des Regimes beiderseitiger Visa für Reisen von Bürgern Kasachstans und der EU zu unterstützen.

Zu diesem Thema sprach auch der Abgeordnete A. Achmetow und erklärte, dass Kasachstan in der internationalen Arena bewiesen hat, dass es ein friedliebender und entwickelter Staat ist. Aber in Visafragen bestehen bei einer Reihe europäischer Länder immer noch starke Klischees. A. Achmetow verwies die Aufmerksamkeit der Europaparlamentarier auf die Notwendigkeit, solche Fragen mit Fingerspitzengefühl zu lösen.

H. Aguilar, der auf die gestellten Fragen antwortete, meinte, dass mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon ein einheitliches Visaregime angewendet werden wird. Kasachstan spielt eine führende Rolle im globalen Kontext und hat einen wichtigen Status bei internationalen Angelegenheiten. In dieser Hinsicht sei wichtig, eine standardisierte Herangehensweise und ein entsprechendes Mandat für die Europäische Kommission auszuarbeiten, um Gespräche zur Liberalisierung des Visaregimes mit Kasachstan zu führen.

Es ist offensichtlich, dass Kasachstan in Bezug auf Terrorismus keinerlei Gefahr darstellt, im Gegenteil, es ist ein zuverlässiger Partner, wenn es um die Verhinderung von Terrorgefahr und der Verbreitung dieser Gefahr in der ganzen Welt geht. Gleichmaßen stellt Kasachstan im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung keine Bedrohung dar.

H. Aguilar versicherte den kasachischen Teilnehmern, dass die Abgeordneten des Europaparlaments entsprechend den Standards des Vertrages von Lissabon an der Lösung der Visafrage mitwirken werden und den Status Kasachstans bei der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels, der Wirtschaft und des Rechts mit der EU berücksichtigen.

Der Senatsabgeordnete I. Imankulow teilte seine negativen Eindrücke beim Prozess der Einholung von Visa bei der Botschaft Deutschlands mit und sprach sich für die Einhaltung des Prinzips der Gegenseitigkeit bei der Einholung von kasachischen Visa für Bürger der EU aus.

H. Aguilar räumte die von Herrn I. Imankulow geäußerte Meinung billigend ein und rief zur gemeinsamen praktischen Arbeit zur Liberalisierung des Visaregimes auf.

Dann trat der Abgeordnete S. Tursunow mit einer Präsentation des **Nationalen Aktivitätenplans hinsichtlich der Menschenrechte in Kasachstan für 2009-2012 auf**.

Der Abgeordnete sagte, dass der Nationale Aktivitätenplan zu Menschenrechten das erste Dokument in der Geschichte Kasachstans sei, das die grundlegenden Richtungen der Innen- und Außenpolitik unseres Staates auf dem Gebiet der Menschenrechte formuliert.

Kasachstan hat sieben grundlegende internationale Gesetze ratifiziert, die unterschiedliche Aspekte der Menschenrechte regeln. Entsprechend den genannten Verträgen und Konventionen wurden in Kasachstan eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die die Rechte und Freiheiten des Menschen regeln.

Unter Mitwirkung der UNO und der UNESCO wurde eine digitale Bibliothek ins Leben gerufen, die kostenlose Rechtsinformationen auf dem Gebiet des Schutzes der Menschenrechte bereitstellt.

Der nationale Plan erhielt bei der Konferenz des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE über Fragen der menschlichen Dimension in Warschau am 30. September 2009 eine hohe Einschätzung. Dieses Dokument wurde auch der Genfer Abteilung der UNO, dem Kongress und dem Staatsministerium der USA vorgelegt.

Die USA erklärten ihre Bereitschaft, an der Realisierung des nationalen Planes mitzuwirken. Das Dokument spiegelt die Position des Europäischen Parlaments zum Prozess der Demokratisierung, Einhaltung der Menschenrechte und Freiheit der Massenmedien wider.

A. Achmetow ergänzte den Redner, indem er informierte, dass in Kasachstan Vertreter von 130 ethnischen Gruppen und 46 Konfessionen leben. Nationale und religiöse Diskriminierung sind per Verfassung verboten. Die Helsinki-Kommission des Kongresses der USA stellte fest, dass Kasachstan ein Land ist, das als Modell der Toleranz und Nichtdiskriminierung dienen kann.

H. Aguilar interessierte sich in diesem Zusammenhang dafür, ob es in Kasachstan Spannungen wegen der Koexistenz unterschiedlicher Konfessionen gibt.

A. Achmetow antwortete, dass alle traditionellen Religionen nebeneinander in Frieden, Sicherheit und Eintracht leben. Kultstätten in Kasachstan seien in einem nachbarschaftlichen Verhältnis zueinander gebaut worden. Manchmal kritisiert man sogar die kasachischen Behörden für zu loyale Beziehung zu nicht traditionellen religiösen Strömungen.

Zugleich stehen im Westen die Verdienste Kasachstans bei der Bewahrung der Eintracht zwischen den Nationen und Konfessionen im Hintergrund, während sogar bei internationalen Foren das Diskussionsthema von E. Zhowtis zur Verurteilung von Straftaten Vorrang hat, kommt es de facto zur Einmischung in die inneren Prozesse Kasachstans. Jedes Land muss die Gesetzgebung und das juristische System eines anderen Landes achten.

A. Rubiks bat darum, zu präzisieren, wie sich die Funktionen der Kommission für Menschenrechte und des Bevollmächtigten für Menschenrechte voneinander abgrenzen.

S. Tursunow antwortete, dass die Kommission für Menschenrechte dem Staatsoberhaupt untergeordnet sei, während der Bevollmächtigte für Menschenrechte ein öffentlicher Beamter ist, der dem Präsidenten nicht rechenschaftspflichtig ist. Der Bevollmächtigte für Menschenrechte arbeitet in sachlicher Hinsicht mit den Menschen, nimmt an Gerichtssitzungen teil und kümmert sich um den Umgang mit Verurteilten.

S. Tursunow informierte auch, dass es im Lande eine Versammlung des Volkes Kasachstans gibt, die Vertreter aller Nationalitäten in sich vereinigt.

W. Bobrow fügte seinerseits hinzu, dass in Kasachstan zum Zwecke der Unterstützung des Friedens und der Stabilität zwischen ethnischen Gruppen eine Theorie der nationalen Einheit verabschiedet wurde.

Der Versammlungsleiter erteilte dem Abgeordneten A. Achmetow das Wort zu einem Bericht über die **aktuelle Situation in Kirgistan und in Zentralasien**.

A. Achmetow teilte mit, dass er im Laufe von zwei Besuchen in Kirgistan als Sondervertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eine Reihe von Treffen mit dem Regierungsoberhaupt und Mitgliedern der provisorischen Regierung, mit Leitern der diplomatischen Missionen Russlands, der USA, Deutschlands, Vertretern der UNO, der OSZE und der EU, Vertretern der Zivilgesellschaft, Mitgliedern des Parlaments und anderen gesellschaftlichen Funktionären hatte.

Bei diesen Treffen wurden Fragen der politischen Lage und Gewährleistung der Sicherheit, der Rechtmäßigkeit der Tätigkeit provisorischer Regierungen und der internationalen Hilfe bei der Wiederherstellung der Stabilität erörtert.

Nach Meinung von A. Achmetow erschwert die Existenz 104 politischen Parteien in Kirgistan – eine zu hohe Zahl für eine Bevölkerung von 5 Millionen – die Erarbeitung politischer Entscheidungen sehr. Die Position einer Reihe von politischen Funktionären Kirgistans, die die früheren Präsidenten K. Bakijew und A. Akajew als kasachische Protegés betrachten, behindert auch den Dialog, und sie stimmen nicht der kasachischen Position darüber zu, dass soziale und wirtschaftliche Probleme der Grund der politischen Krise in Kirgistan sind.

A. Achmetow setzte die Mitglieder der jetzigen Regierung Kirgistans in Kenntnis über seinen Standpunkt zu den verhängnisvollen Auswirkungen des egoistischen Verhaltens der kirgisischen Elite auf die Unabhängigkeit und Staatlichkeit des Landes und die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen zur politischen Stabilisierung.

Kasachstan hat seinerseits Saatgut für die Aussaatkampagne und Erdölprodukte nach Kirgistan geliefert und hat finanzielle und humanitäre Unterstützung geleistet.

Eine andere sehr wichtige Frage in Zentralasien ist die Situation in Afghanistan. Von den 56 Mitgliedstaaten der OSZE sind 53 auf die eine oder andere Weise in die Situation in Afghanistan involviert.

Ungeachtet des Kampfes gegen die Taliban und der Anwesenheit eines aus mehreren Nationen bestehenden Militärkontingents ist die Herstellung von Drogen in Afghanistan angestiegen. Das Wesen des Problems liegt darin, dass die Situation im Lande nicht durch die Anwendung von Militärgewalt stabilisiert wird. Man muss über Veränderungen in der Vorgehensweise der OSZE und der Europäischen Union beim Problem Afghanistan nachdenken.

A. Achmetow brachte auch zum Ausdruck, dass er nicht mit der Position des Verteidigungsministers der USA hinsichtlich der Möglichkeit der Integration der Taliban in das politische System Afghanistans konform geht.

Zur Frage des iranischen Atomprogramms sagte der Abgeordnete, dass im Laufe des Gipfeltreffens zur atomaren Sicherheit in Washington das Recht aller Länder bestätigt wurde, Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu nutzen und unterstrich die Friedensliebe der Einwohner Irans.

B. Tomsen merkte als Kommentar zu den Ausführungen von A. Achmetow an, dass ein ausreichender Grund für den bewaffneten Kampf mit dem Talibanregime die Tatsache der nicht humanen Beziehungen zu Frauen und Kindern ist.

E. Jeggler informierte, dass sie an Beobachtermissionen der Wahlen sowohl in Kirgistan als auch in Kasachstan teilgenommen hat. Bei Gesprächen mit normalen Wählern in Kasachstan machte sie die Bemerkung, dass Präsident N. A. Nasarbajew eine Volksunterstützung genießt. In Kirgistan ist die Situation anders: im Laufe der Wahlkampagne von K. Bakijew war zu spüren, dass das Land in Süd und West unterteilt ist. Außerdem war ihrer Meinung nach eine umfassende Korruption im Umkreis von K. Bakijew die Ursache für die Krise in Kirgistan.

W. Bobrow zog ein Resümee der Diskussion zu Kirgistan und erinnerte die Teilnehmer daran, dass die Hauptaufgabe von Kasachstan als Vorsitzender der OSZE darin besteht, eine Eskalation der Gewalt und des Bürgerkrieges nicht zuzulassen. Diese Aufgabe hat der Präsident Kasachstans im Zusammenwirken mit den Präsidenten Russlands und der USA erfolgreich ausgeführt und hat insbesondere Maßnahmen zur Abberufung von K. Bakijew getroffen.

S. Ibragimow zweifelte an der Bestätigung, dass afghanische Gesetze nicht human seien und bezog sich auf statistische Daten: auf je 10.000 Einwohner in den USA wurden 17 mal mehr Leute hingerichtet als in Afghanistan.

Er konstatierte auch, dass man Afghanistan nicht auf militärischem Weg unterwerfen kann. Deshalb wird Kasachstan als Vorsitzender der OSZE danach streben, eine friedliche Lösung solcher Fragen zu finden wie die Konflikte im Dnjestr-Gebiet und in Berg-Karabach.

A. Achmetow unterstrich, dass die Demokratie in Kirgistan nicht mit Vandalismus und Anarchie verwechselt werden darf. In Kirgistan ist Demokratie und Anarchie gleichzeitig zu beobachten.

Dann erteilte der Versammlungsleiter Frau D. Nuketajewa das Wort zum Thema **„Entwicklung politischer Prozesse in Kasachstan und in der Europäischen Union: Demokratie, Menschenrechte und verfassungsmäßige Entwicklung, einschl. politischem Pluralismus, die Rolle der Gesetzgebung, Freiheit der Massenmedien, Situation der Frauen in der Gesellschaft“**.

D. Nuketajewa behandelte am Anfang ihres Berichtes, entsprechend der Bitte der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Fragen zur Entwicklung des Tourismus in Kasachstan.

Sie sagte, dass hinsichtlich des touristischen Potentials Kasachstan reich und vielfältig ist. Im Altertum verlief die Große Seidenstraße über das Territorium des Landes. Eine sehr zukunftssträchtige Richtung des Tourismus ist die Organisierung von Besuchen des Kosmodroms „Baikonur“. Es gibt viele Anzeichen dafür, dass die Zahl von Touristenreisen mit Sachzielen ansteigt.

Ein wichtiger Schritt war die Verabschiedung 2006 eines staatlichen Programms zur Entwicklung des Tourismus in den Jahren 2007-2011. Gegenwärtig arbeiten auf dem Tourismussektor 1 200 kleine und mittlere Unternehmen. Die Durchführung der asiatischen Winterspiele 2011 in Astana und Almaty wird ein riesiger Anreiz für die Entwicklung des Tourismus.

In Fortsetzung ihrer Rede zum Hauptpunkt der Tagesordnung sagte Frau D. Nuketajewa, dass die Frage der Politik in Bezug auf Frauen eines der wichtigsten Bestandteile des Staatsaufbaus ist. Das hängt damit zusammen, dass die Frauen eine wichtige Rolle in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens spielen, sie stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes. Dabei liegt das Hauptgewicht auf Frauen, die eine höhere Bildung haben als Männer. Frauen sind zu 40 % Unternehmerinnen, die kleine Unternehmen führen. Es gibt positive Tendenzen im politischen Status der Frauen: sie sind in den Organen der staatlichen Behörden vertreten, 21 Parlamentsabgeordnete sind Frauen, zwei Frauen sind Ministerinnen in der Regierung. Es gibt die Nationale Kommission für Frauenangelegenheiten und für Familien- und demografische Politik.

Der Durchführung des Nationalen Aktivitätenplans zur Verbesserung der Situation der Frauen, zur „Strategie der Gleichstellung der Geschlechter für die Jahre 2006-2016“, bei der es um Maßnahmen zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder geht, zur Festlegung der strafrechtlichen Verantwortung und zur Gründung von Krisenzentren wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Das Wirtschaftswachstum gestattete es, Renten, Unterhaltsbeihilfen und Sozialzahlungen unabhängig vom Einkommen der Familie zu erhöhen.

Am 8. Dezember 2009 unterzeichnete der Präsident das vom Parlament initiierte Gesetz „Über die staatlichen Garantien gleicher Rechte und gleicher Möglichkeiten von Männern und Frauen“.

B. Tomsen nahm die bereitgestellte Information über den Demokratisierungsprozess und den Schutz der Menschenrechte sowie die Erweiterung der Rechte und Vollmachten von Frauen positiv auf.

Sie unterstrich, dass die EU sich auf allgemeine Werte gründet – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freiheit der Massenmedien und Kampf gegen Korruption. Der Skandal mit den Karikaturen des Propheten Mohammed hat bei vielen Europäern eine negative Reaktion hervorgerufen, aber trotzdem konnten die staatlichen Organe nicht auf die Massenmedien Einfluss nehmen, die die Karikaturen veröffentlicht haben, denn das Prinzip der Freiheit der Massenmedien hatte Priorität.

Die Partnerschaft der EU mit anderen Staaten gründete sich in gleichem Maße auf die Einhaltung allgemeiner Werte. Die Türkei versucht schon viele Jahre, der EU beizutreten, aber die Mehrheit der Länder der Europäischen Union ist der Meinung, dass dieses Land die Kriterien im Bereich der Menschenrechte nicht erfüllt.

In gleichem Maße betrifft das Prinzip der Freiheit der Massenmedien das Internet, obwohl das Internet selbst sowohl positive, als auch negative Aspekte hat. In Europa sind Wirtschaftswachstum, Innovationen und die Entwicklung der Wissenschaft direkt mit der Freiheit des Gedankens, der Freiheit des Wortes, also auch des Internets verbunden. Eine solche Beziehung zur Freiheit wie die Beziehung zur Freiheit des Wortes im Internet erwarten die Europäer auch von ihren Partnern.

Frau K. Newedalowa sprach die Rolle der Jugend in der Gesellschaft an. Das Jahr 2011 wurde in der Europäischen Union zum Jahr der Jugend erklärt und in diesem Zusammenhang könnte man dieses Thema auch in der neuen Vereinbarung darstellen. Es ist auch notwendig, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports zu entwickeln.

Als Antwort auf den Kommentar von K. Newedalowa sagte E. Utembajew, dass der Beitritt Kasachstans zur Kulturkonvention des Europarates die Schaffung eines einheitlichen Feldes mit allgemeinen Werten bedeutet – demokratischen, kulturellen und anderen Werten. Außerdem ist der Beitritt Kasachstans zum Bologna-Prozess einvernehmlich mit der Bewegung des Landes in Richtung einer klug geführten Ökonomie. Kasachstan schickt jährlich 3000 Studenten in die besten ausländischen Hochschulen. Das trägt zur Entwicklung der neuen Wirtschaft bei. In dieser Beziehung gibt Kasachstan in Zentralasien den Ton an.

Die Europäische Union hat eine Strategie zur Entwicklung bis 2020 verabschiedet, die mit den Zielen der kasachischen Strategie bis 2030 sowie mit dem Programm der industriellen und innovativen Entwicklung übereinstimmt. Der heute vorgestellte nationale Aktivitätenplan zu Menschenrechten ist ebenfalls eine Bestätigung des Bestrebens Kasachstans, den Fortschritt sowohl in der demokratischen Entwicklung, wie auch auf anderen Gebieten zu erreichen.

W. Bobrow unterstrich in Beantwortung des Kommentars von B. Tomsen, dass in jedem Land ein eigenes gesetzgeberisches Feld vorhanden ist, dementsprechend gibt es in Kasachstan eine eigene Ordnung zur Regelung der Massenmedien. Im Gesetz „Über die Massenmedien“ sind Maßnahmen vorgeschrieben, wie zu reagieren ist, falls

in den Massenmedien, einschl. des Internets, Veröffentlichungen erscheinen, die die nationale Sicherheit unterlaufen oder nationale oder religiöse Feindschaft anheizen.

E. Utembajew schlug seinerseits vor, die Möglichkeit der Bildung einer Gruppe zur Analysierung der Entwicklung der Massenmedien, der Sicherheit des Internets und entsprechender Modellgesetze der EU zu untersuchen.

W. Bobrow unterstützte die Idee der Analysierung von Modellgesetzen der EU und gab seiner Bereitschaft zum Informationsaustausch mit den europäischen Partnern Ausdruck.

Der Vorsitzende erteilte dann dem Unterhausabgeordneten S. Tokpakbajew das Wort zu seinem **Bericht über den Kampf gegen neue Gefahren, Terrorismus, organisiertes Verbrechen und Menschenhandel**.

In seinem Vortrag sagte S. Tokpakbajew, dass Kasachstan praktisch von Brennpunkten terroristischer, sozialer, ethnischer und religiöser Spannungen umgeben ist – das ist Afghanistan, der Nordkaukasus, das Xinjiang-Uigurische autonome Gebiet in China und seit kurzem Kirgistan. Das Interesse für die Region, darunter auch für Kasachstan von Seiten einzelner ausländischer terroristischer Organisationen, die Al-Qaida nahestehen, ist unvermindert stark. Aufgrund der getroffenen Maßnahmen wird ein Eindringen von Terroristen in das Territorium Kasachstans nicht zugelassen. In den letzten zwei Jahren wurden die Aktivitäten von Splittergruppen der Al-Qaida – der terroristischen Organisationen „Islamische Dschihad Union“ und „Islamische Partei Turkestan“ lahmgelegt. Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Wichtigkeit, Voraussetzungen für den Kampf gegen den Terrorismus zu schaffen ist Kasachstan 13 universellen Konventionen der UNO zum Kampf gegen Terrorismus beigetreten.

Das Parlament hat mehr als 40 mehrseitige und zweiseitige Verträge und Vereinbarungen auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Terrorismus ratifiziert. 2009 wurde das Gesetz „Über den Kampf gegen die Legalisierung, die Geldwäsche von illegal erworbenem Einkommen und die Finanzierung des Terrorismus“ verabschiedet. Entsprechend diesem Gesetz wurde ein Spezialorgan gegründet – das Komitee zur Finanzüberwachung beim Ministerium für Finanzen. Die Hauptaufgabe dieses Komitees ist der Kampf gegen Geldwäsche und die Aufdeckung von Kanälen zur Finanzierung terroristischer Tätigkeit.

Alle erforderlichen Voraussetzungen zur Vorbereitung von Antiterroristen wurden geschaffen, darunter deren Ausbildung im Ausland in Ländern der Europäischen Union. Mit Partnern aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien wurden gemeinsame Kurse, Trainingslager und Seminare durchgeführt. Mit dem Antiterroristischen Komitee und anderen Profilkomitees des Sicherheitsrates der UNO, antiterroristischen Unterabteilungen der OSZE, den zuständigen Organen der Länder des nahen und fernen Auslands wurden Kontakte geknüpft und erfolgreich

weiterentwickelt. Die Arbeit, die im Rahmen der Realisierung des individuellen Partnerschaftsplanes mit der NATO realisiert wurde, ging in konkrete Praxis über. Außerdem wurde die Frage der Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus im Rahmen des Unterkomitees für Rechtsprechung und Rechtsordnung der Republik Kasachstan und der Europäischen Union ständig zur Sprache angesprochen.

Innerhalb der letzten Jahre ist die Hauptkomponente des Drogenhandels das Hereingelangen von Drogen afghanischer Herkunft auf das Territorium Kasachstans. Durch die Nachbarschaft zu Russland, das einer der größten Drogenmärkte der Welt ist, ist Kasachstan prädestiniert dafür, dass große Transitströme an Drogen über das Territorium Kasachstans gehen.

Nach Einschätzung der UNO ist es in den letzten fünf Jahren gelungen, die Zahl der Drogenabhängigen auf dem Stand von 55 000 Personen zu halten. Unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission wird ein Programm zur Reduzierung der Ausbreitung von Drogen in Zentralasien realisiert. 2009 wurden von den Rechtsschutzorganen 26,3 Tonnen Marihuana und 556 Kilo Haschisch beschlagnahmt.

Die Überwachung des Drogenhandels in den Ländern Zentralasiens gestattet den Schluss, dass es notwendig ist, den Kampf gegen Drogenkriminalität in enger Verbindung mit der Verhinderung von Korruption an den Grenzkontrollpunkten und Zollstationen zu führen. In diesem Zusammenhang schlägt Kasachstan vor, die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen Zentralasien und der Europäischen Union im Rahmen regionaler Programme zum Kampf gegen Korruption zu prüfen.

Die Frage der Stärkung der Grenzkontrolle hat eine Schlüsselbedeutung für die Sicherung der regionalen Stabilität und in diesem Zusammenhang drückt Kasachstan seine Bereitschaft aus, Zusammenarbeit mit der Europäischen Union in dieser Richtung weiterzuentwickeln und die Erhöhung der Finanzierung von europäischer Seite im Rahmen des Programms „BOMKA“ einzubeziehen.

Ergänzend zu den Ausführungen des Redners erklärte W. Bobrow, dass die Schließung der Grenze zu Kirgistan während der politischen Krise im Nachbarland durch die Notwendigkeit bedingt war, den Drogenhandel und das Eindringen von Elementen zu verhindern, die verbrecherischen und terroristischen Gruppierungen angehören. Von kirgisischer Seite aus ist die Grenze in technischer Hinsicht schlecht ausgerüstet und vor der Europäischen Union stand die Frage, zusätzliche Mittel zur Ausrüstung der Grenzposten zur Verfügung zu stellen.

S. Tokpakbajew informierte in Beantwortung der Frage zu den getroffenen Maßnahmen im Kampf gegen Menschenhandel. Wegen des höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstands zieht Kasachstan immer mehr Leute an, die nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen suchen. Oft werden die Leute, die wegen Arbeit einwandern, zu Opfern des Menschenhandels.

Seit Anfang 2010 wurden in Kasachstan 108 Straftaten begangen, die mit Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen zusammenhängen. Die Regierung hat einen Maßnahmenplan zur Verhinderung und Vorbeugung von Verbrechen verabschiedet, die mit Menschenhandel verbunden sind.

B. Tomsen sagte, dass für Europa 108 Straftaten mit dem Hintergrund Menschenhandel eine große Errungenschaft ist. Das europäische Rechtssystem kann bis jetzt nicht effektiver auf alle Fälle dieser Art reagieren.

Ein Mitglied der Delegation des Europaparlaments sprach zur Diskussion über den Kampf gegen Terrorismus und Aufrechterhaltung der Stabilität in Zentralasien und unterstrich, dass die Anwesenheit von NATO-Mitgliedern in Afghanistan durch das Interesse am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu erklären ist. Die europäischen Länder sind bereit, sofort ihre militärischen Kontingente zurückzuziehen, sobald sich die terroristische Gefahr verringert.

Was die Stabilität der Region angeht, so unterstützt das Europaparlament die Maßnahmen zur baldigen rechtlichen Anerkennung der Behörden in Kirgistan, indem ein Referendum zur Verfassung und zu den Parlamentswahlen durchgeführt wird.

Für die EU ist die Stabilität und Sicherheit in Zentralasien wichtig, deshalb finanziert die Europäische Union Programme auf dem Gebiet der Grenzsicherung, des Kampfes gegen Drogenhandel, Menschenhandel, Terrorismus und das organisierte Verbrechen.

G. Karagusowa beantwortete die Frage zur Einwanderungspolitik Kasachstans damit, dass es im Lande zwei Behörden gibt, die sich mit Einwanderungsfragen befassen: das Ministerium für Innere Angelegenheiten und das Ministerium für Arbeit und sozialen Schutz. In Kasachstan sind Vorschriften zur Einreise von ausländischen Arbeitskräften bestätigt worden. Es wurden zweiseitige Verträge über die Einwanderung mit Usbekistan und Kirgistan abgeschlossen. Eine analoge Vereinbarung wurde im Rahmen der Euroasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeschlossen. Im Jahre 2008 wurde eine Aktion zur Legalisierung illegaler Einwanderer durchgeführt.

In Beantwortung der Frage über die Größenordnung der Einwanderung aus China bemerkte G. Karagusowa, dass die zeitweilige Einreise von Arbeitskräften aus der Republik China im Rahmen von Investitionsprojekten erfolgt. Dabei übernehmen die Investoren jährlich die Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl von kasachischen Spezialisten auszubilden und vorzubereiten, um die ausländischen Beschäftigten abzulösen.

Zum Abschluss der Sitzung schlug W. Bobrow vor, den Text eines Schlusssdokuments zu erarbeiten und abzustimmen sowie die Termine für die nächste Sitzung operativ festzulegen.

P. Bartolozzi stimmte den vorgebrachten Vorschlägen zu.

Zum Abschluss dankte W. Bobrow der Delegation des Europaparlaments für die fruchtbringende Arbeit, die Mitwirkung bei der Organisierung der Sitzung und das Fällen von Entscheidungen.

P. Bartolozzi dankte den kasachischen Parlamentariern sowie seinen Kollegen für die inhaltsreichen Diskussionen, bei denen es um die Entwicklung der Beziehungen zwischen Kasachstan und der Europäischen Union ging.

Ende der Sitzung.